

Arbeiterstimme

Tageszeitung der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale) Bezirk Ostschlesien

1. Jahrgang

Dresden, Dienstag den 18. August 1925

Nummer 107

Das Programm der Schwerindustrie

Die Unternehmer fordern Wirtschaftsdiktatur

Der Volksblod †

Von Siegfried Käbel, M. d. R.

„Gestern noch auf stolzen Rossen,
Heut dem Herd ins Herz geschossen!“

Treffender konnte Genosse Roenen kürzlich bei der Steuerberatung im Reichstag die Polemik des Sozialdemokraten Herd gegen den Zentrumschriften Brüning nicht glossieren. Jawohl, gestern noch — — —

Donnerstag den 6. August. Reichsbannerkamerad Marx steht auf der Rednertribüne am Gendarmenmarkt zu Berlin, und statt des zentralischen „Gelobt sei —“ schmettert er ein kräftiges „Frei Heil“ in die Reihen der dort zu lässlichem republikanischen Lun verammelten Reichsbannerherren. Noch am 7. August morgens schweigt der „Vorwärts“ voll Verückung in der Erinnerung an die Tage des Glückes, da Wilhelm Marx der Partner war beim Spiel, bei dem man lachte, lachte, aber mit größtem Erfolg die deutsche Arbeiterklasse betrog. „Die verfolgte Politik ist die einzig richtige gewesen.“ sagt Herr Marx auf dem Gendarmenmarkt, und der „Vorwärts“ bringt's in Fettdruck. Man beweihräuchert sich. Die Ruhrbelegung aufgehoben, Sieg der Verbündigten (die 715 Millionen an die Ruhrkapitalisten sind auch dabei). Kurzum, was den „Vorwärts“ am Morgen des 7. August gelesen hat, der konnte nicht ahnen, welche Tragikomödie sich wenige Stunden später im Reichstag, mit den schwarz-rot-goldenen Volksblodbrüdern als Akteuren, vollziehen würde. Herr Brüning (Zentrum) sucht den armen Herd von den Sozialdemokraten an: Kein bißel staatspolitisches Denken zeigten die Sozen bei der Steuerberatung, und Herr Herd solle sich nur mal erinnern an die Tage, da man noch zusammen regierte, was man da... um. (Die Proleten wissen schon, was Herr Brüning Herrn Herd zu sagen hatte.)

Und dann: Bekommen kommt Herr Herd hinaus auf den Stand, auf dem die edle Redekunst geübt wird. Dem Manuskript nach mußte sich der wackere Kämpfer, der durch seine Steuerreden das etwas ramponierte Ansehen der Sozialdemokraten wieder etwas reparieren sollte, auf eine donnernde Standpaule gegen Herrn Brüning eingerichtet haben, doch es wurde nicht viel daraus. Weinerlich warf Herr Herd dem Zentrum seine Treulosigkeit vor, doch die Schwarzstutten kann er nicht rühren, auch nicht, als er mit großem Pathos erklärte, wie man sich um der lieben Eintracht willen zu dem schweren Opfer der Lohnsteuer entschließen muß. Ja, und da haben wir's. Das breite, lichte Lächeln auf den Gesichtern derjenigen, die Herrn Herd und die Seinen nicht mehr brauchen, zeigt uns, was man von dieser Seite im stillen über die Rederei des Herrn Herd denkt: Was wollt ihr denn, ihr Sozialdemokraten? Habt die Steuerhölzer selber angelegt und daraufflossgeschraubt, und nun klagt ihr, daß wir dem Ding noch einen kleinen Auf mehr geben?

Trübelige Gesichter bei den Sozialdemokraten, viele Stimmung. Schöner Volksblod: als einst im Mai — Herr Herd meint, meint um das Zentrum. In einem Gassenhauer heißt es: „Warum denn weinen, wenn man auseinandergeht“, und dann weiter: „wenn an der Ecke schon ein anderer steht!“ Ja, das Zentrum, das kann lachen. Nicht nur einer, nein gleich zwei nette Verehrer stehen da, freies das Zentrum. Was kann das Zentrum auch dafür, daß die Herren Thyssen und Glöckner viel mehr mit Herrn Hugenberg und den anderen Herren von der Schwerindustrie gemeinsam haben, als mit der triffen Gesellschaft abgebanter Minister und Oberbürgermeister. Das Zentrum kann lachen, aber die Sozialdemokraten müssen weinen, denn niemand denkt vorläufig daran, aus den Ministern u. D. Minister u. D. zu machen. Bei den Steuern war des Dramas erster Akt, bei den Zöllen der zweite. Zwar schickten die Lebensgeister des Volksblodes bei der Verfassungskonferenz in Treptow noch einmal auf, aber im Reichstag stand der Reichsbannerkamerad Marx und die Seinen gemeinsam mit Herrn Laderenz und den anderen Herren von Schlot und Korn und stimmte wacker mit für die Zölle.

Also vorläufig ist er tot, der Volksblod. Wird er wieder auferstehen? Etwas um die Zeit die Deutschnationalen doch etwas sengerige Kuhenpolitik weiterzumachen? Oder wird er gar bei seiner Wiedergeburt den Namen große Volksgemeinschaft führen. Darüber wollen wir uns jetzt den Kopf nicht zerbrechen. Wir wollen vielmehr schon jetzt dafür sorgen, daß der Volksblod, feiert er seine frühere Auferstehung, ganz gleich in welcher Gestalt, von jedem Arbeiter als das erkannt wird, was er ist:

der Blod der Volksbetrieblert

auf den Nagel gezwungen werden sollen, das Diktat der Industriegewaltigen zu schlucken. Das ist jedoch erst der Anfang. Das Unternehmertum wird dabei nicht stehen bleiben, wenn nicht die deutsche Arbeiterklasse in letzter entscheidender Stunde ihre Gegenmaßnahmen trifft.

Ende dieses Monats tritt in Breslau der Bundestag des ADGB zusammen. Unter einem besonderen Punkt der Tagesordnung wird man sehr viel über „Wirtschaftsdemokratie“ reden. In einem dieser Anträge, die dem Kongreß vorliegen und der programmatisch gehalten ist, wird „festgestellt“, daß die heutige deutsche Republik der Arbeiterklasse die Möglichkeit gibt, ihrer Bedeutung und Stärke entsprechend, ihre Interessen auf allen Gebieten der Gesetzgebung wahrzunehmen. Wörtlich heißt es dann:

„Diese Tatsache schließt eine grundsätzliche Oppositionsstellung der organisierten Arbeiterklasse zum heutigen Staat in der Zukunft aus...“

Es wird dann gefordert, daß nicht nur in der Politik, sondern auch in der Wirtschaft die Demokratie Anwendung finden müsse.

Das erleuchtet die Situation blühartig. Während die Führer des ADGB von „Wirtschaftsdemokratie“ faulen, verkünden die Ausbeuter offen ihr Programm und ihre Forderung nach einer Wirtschaftsdiktatur.

Vergessen wir nicht — so sagt der Führer der Schwerindustriellen —, daß nur das Ermächtigungsgesetz die wirtschaftliche Exzess und Macht der Ausbeuter ermöglichte.

Das dürfen und wollen wir auch nie vergessen. Dabei soll auch unvergessen bleiben, daß es die SPD und die Reformisten in den Gewerkschaften gewesen sind, die durch ihren beispiellosen Verrat an den Interessen der Arbeiter dieses Ermächtigungsgesetz ermöglichten und mitgeschaffen haben.

Wenn die deutschen Arbeiter nicht diese offen angelegte Diktatur der Schwerindustriellen wollen, dann dürfen sie sich nicht von dem Geschwafel der Reformisten über „Wirtschaftsdemokratie“ einlassen lassen, sondern müssen mit den Kommunisten kämpfen für die Diktatur des Proletariats.

Das deutsche Proletariat muß sich ein Beispiel nehmen an den entschlossenen Kämpfen der englischen Arbeiter und daran lernen, wie man die Ausbeuter schlägt und den eigenen Sieg erringt.

In England sind die Grubenbesitzer zusammen mit der Regierung auf die Knie gezwungen worden. Wodurch? Dadurch, daß den rechten Gewerkschaftsführern durch die Aktion der Massen, die in den Betrieben gebildeten Kampfkomitees, das Heft aus der Hand geschlagen worden ist und die Linken neue Kampfmaßnahmen angewandt haben: das Bündnis der wichtigsten Branchen, die einheitlich und geschlossen bereit standen, den Kampf aufzunehmen. Davon kapitulierten die Ausbeuter.

Bei uns muß das englische Beispiel wiederholt werden. Wie dort, muß auch hier die Aktion von unten einsehen: die Bildung von Aktionskomitees in den Betrieben, die das Kampfbündnis der wichtigsten Gewerkschaftsbranchen fordern. Wie in England, muß auch in Deutschland ein linker Blod in den Gewerkschaften geschaffen werden, der die Rechten mattsetzt oder sie zwingt, nach englischem Muster die Lohnkämpfe zu organisieren und zu führen.

Die Kämpfe der Bauarbeiter und der Textilarbeiter sind der erste Prüfstein für die Kampfkraft der Massen.

Die Entscheidung liegt in den Betrieben und in den Gewerkschaften. Jeder Arbeiter muß sich gewerkschaftlich organisieren und mithelfen, die reformistische Gewerkschaftspolitik durch eine entschlossene revolutionäre Kampfführung abzulösen. Dann werden nicht die Ausbeuter, sondern die Arbeiter die Wirtschaftsdiktatur ausüben, zum Wohle von Millionen Werktätigen.

Die Zölle wirken sich aus — Die Krise verschärft sich

Berlin, 17. August. (Eig. Drahtbericht.) Eine Verschlechterung des Arbeitsmarktes wird gemeldet aus Berlin, dem Rheinland, aus Breslau und aus fast allen anderen Teilen des Reiches. Diese Verschlechterung ist direkt zurückzuführen auf die Zunahme der Exportschwierigkeiten durch die Annahme der Schutzzölle. Daran besteht die Mächtig der Unternehmer, durch Ausbeutung, Betriebsstilllegungen, kurz durch Arbeitslosigkeit den Widerstand der Arbeiter zu brechen, um Arbeitszeitverlängerung und Lohnkürzung durchzuführen zu können.

In der „Deutschen Bergwerkszeitung“ vom 14. August schreibt der Leiter des schwerindustriellen „Rheinisch-westfälischen Wirtschaftsdiensles“, Heinrich Bauer, einen Leitartikel: „Eine Wirtschaftsdiktatur“. Wir haben weiter unten, als aus diesem Artikel einige Sätze zu zitieren; aber der Arbeiter wird daran denken, welche Pläne die Schlot- und Röhrenarbeiter, um nach ihrem Siegen im Reichstag die Wirtschaft noch mehr auszupressen. Wir zitieren:

„Unangenehm für die nächste Zeit noch Schwierigkeiten sind zu erwarten, so bietet das Anwachsen der Interdependenzen zwischen den verschiedenen Wirtschaftszweigen die Möglichkeit, von einem zu günstigen Ausmaß, wie wir es uns vor kurzem noch nicht vorgestellt hätten.“

Auch innenpolitisch sind wir zweifellos seit einiger Zeit einem tüchtigen Schritt vorangefahren...“

Die immer klarer sich abzeichnende Rechtsorientierung im Zentrum gibt Veranlassung zu der Ansicht, daß die hier kurz angeordnete Entwicklung weitere Fortschritte machen wird. Im bedauerlichen Gegensatz dazu steht die Lage der Wirtschaft. Es ist anzunehmen, daß diese sich noch mehr verschlechtern wird...“

Der schlechten Lage der Wirtschaft ist bisher kaum Rechnung getragen worden... Es ist geradezu unglücklich, daß in den Zeiten der größten Kapitalnot der deutschen Wirtschaft die öffentliche Hand Einnahmen erzielt, die den dringend notwendigen Bedarf um mindestens 30—40 Prozent übersteigen, besonders merkwürdig berührt die Einnahmehöhe der sogenannten sozialen Instanzen...“

Der Reichstag darf natürlich in diesem Zusammenhang nicht fehlen, seine Ausschüsse bewilligen Ausgaben, die der Vorschlag des Reichshaushaltes ungehörlich übersteigen... Die Parteien der Koalition machen alle diese Dinge mehr oder weniger mit...“

Die Regierung kommt sich diesen Vorgängen nicht mit dem genügenden Nachdruck entgegen, da sie selbst von den Parteien zu sehr abhängig ist. Anfolge der unheilvollen parlamentarischen Verhältnisse ist die Regierung gezwungen, ohne festes Programm vielfach im offenkundigen Widerspruch gegen ihre eigentliche Überzeugung zu arbeiten, auf der Grundlage von Kompromissen, die niemand befriedigen können...“

Von den Fragen der Politik sei hier ganz abgesehen, es genügt in diesem Zusammenhang darauf hinzuweisen, daß die Politik des Reichsarbeitsministers Dr. Brüning — jenseit des mächtigsten Mannes im Kabinett — vielfach im diametralen Gegensatz steht zu der Politik des Reichswirtschafts- und des Reichsfinanzministeriums. Vom Reichsoberhaupt ist ebenfalls nicht viel zu erwarten...“

Sänger sind diese Zustände und die mit ihnen verbundenen Risiken nicht zu fragen. Je intensiver man sich die Tätigkeit und die Auswirkung der Parlamentsherrschaft betrachtet, desto mehr muß man die Hoffnung stellen, daß auf parlamentarischen Wege eine Anerkennung und eine Durchführung der notwendigen wirtschaftlichen Maßnahmen erfolgen kann. Immer mehr drängt sich dem belehrten Wirtschaftspolitiker zwangsläufig die Ansicht auf, daß nur die bewusste Abkehr vom jetzigen System wirtschaftliche Erleichterungen bringen kann. Anders ausgedrückt, ergibt sich immer mehr die Notwendigkeit einer Wirtschaftsdiktatur in wirtschaftlichen Fragen. Vergessen wir nicht, daß nur das Ermächtigungsgesetz uns den Aufbau einer neuen wirtschaftlichen und staatlichen Exzess nach dem Chaos der Inflation ermöglicht hat. Sollen nicht die bisherigen unendlichen Anstrengungen nutzlos bleiben, so müssen wir um die Einführung einer Wirtschaftsdiktatur nicht herum, die ohne Rücksicht auf das Parlament und vielleicht sogar gegen das Parlament das tut, was die wirtschaftlichen Notwendigkeiten gebieten.“

Das ist also das nächste Ziel der Zollräuber. Das Chaos der Schwerindustrie, die „Bergwerkszeitung“, glaubt jetzt also den Zeitpunkt für gekommen, eine Wirtschaftsdiktatur durchzuführen, die ohne Rücksicht auf das Parlament, ja nach ihrer Meinung gegen das Parlament, die Interessen der Ausbeuter aller Schattierungen durchsetzen soll.

In Wirklichkeit ist diese Diktatur der Wirtschaftsgewaltigen schon da. Das zeigen die großen sozialen Kämpfe, wie wir sie jetzt bei den Bauarbeitern sehen, von denen 150 000 Mann rücksichtslos auf die Straße geworfen wurden, das zeigt auch die angelegte Absperrung in der Textilindustrie, von der 200 000 Arbeiter durch Druck

August, abends 7 Uhr...
vormittags 8 Uhr...
August, roter Rand...
17. August...
in der...
abends 8 Uhr...
Blauw...
Gruppe Dresden...
Gruppe Dresden...
Gruppe Dresden...
Partei...
Ball...
Hnhofstr. 2...
en für Gure...
ng!